

alv: Begrüssung

Liebe Kundgebungsteilnehmerinnen und –teilnehmer

Aarau befindet sich im Ausnahmezustand.

Tausende von Lehrerinnen und Lehrern, von Schulleitungspersonen, von Schulpflegerinnen und Schulpflegern, von Staatsangestellten, von besorgten Eltern und von Studentinnen und Studenten stehen vor dem Grossratsgebäude und wehren sich gegen den geplanten Bildungsabbau und gegen die verfehlte und teure Personal- und Finanzpolitik des Kantons.

Im Namen des Aargauischen Lehrerinnen und Lehrerverbandes alv - des Organisators dieser Kundgebung gegen den unverantwortlichen Leistungsabbau im Kanton Aargau - und der mitverantwortlichen Verbände der Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Aargau VSLAG und der Schulpflegepräsidentinnen und -Präsidenten VASP, ebenso wie im Namen aller mittragenden Organisationen heisse ich Sie alle hier vor dem Grossratsgebäude herzlich willkommen.

Sie alle haben den Weg nach Aarau auf sich genommen, weil es Ihnen wichtig ist, den Grossrätinnen und Grossräten zu zeigen, dass mit den vorgeschlagenen Abbaumassnahmen die rote Linie überschritten wurde und dass Sie diese Schädigung des Kantons nicht einfach hinnehmen wollen.

Liebe Vertreterinnen der Presse. Ich begrüsse Sie recht herzlich an unserer Protestversammlung und danke Ihnen für die objektive Berichterstattung in Ihren Medien.

Wir sind hier, weil wir über die Abbauvorschläge enttäuscht, ja wütend sind.

Wir wollen ein klares, unübersehbares und starkes Zeichen setzen.

Wir wollen aber auch zeigen, dass wir unsere Konflikte respektvoll austragen können. Wir werden die Gross- und Regierungsräte nicht daran hindern, ins Grossratsgebäude einzutreten und haben deshalb Absperrgitter aufgestellt, die diesen den Durchgang sichern sollen.

Wir bitten alle Kundgebungsteilnehmer, diese Absperrungen zu respektieren. Wir alle können mehr als Lesen, Schreiben und Rechnen.

Wir haben gelernt, mit den Menschen respektvoll umzugehen und mit

Argumenten zu überzeugen. Wir haben es deshalb auch nicht nötig, Politikerinnen und Politiker zu beleidigen oder mit Tomaten zu bewerfen. In diesem Sinn danke ich allen Teilnehmenden für eine kraftvolle, würdige Kundgebung.

Liebe Grossrätinnen, liebe Grossräte

Wir sind zu Tausenden nach Aarau gekommen um Ihnen zu zeigen,

- dass wir uns Sorgen machen um den Kanton Aargau.
- dass sehr viele Leute im Kanton mit den vorgeschlagenen Abbaumassnahmen nicht einverstanden sind,
- dass der Aargau mit den schweizweit tiefsten Pro-Kopf-Ausgaben sicher nicht ein Ausgabenproblem, sondern wenn ein Problem, dann höchstens ein Einnahmenproblem hat.
- dass viele Leute wütend und nicht bereit sind, die Zeche für die völlig verfehlte Finanzpolitik der vergangenen Jahre zu bezahlen.

Wir sind zu Tausenden nach Aarau gekommen, um dem Präsidenten des Grossen Rats unsere Resolution mit sage und schreibe **49130** Unterschriften zu übergeben.

alv: Teilzeitjob, Abwanderung

Themen: ungebundene Lektionen, Teilzeitjob, Lohn, Abwanderung

Wir haben es schon oft gesagt: Die Abbaumassnahmen, die im Budget 2017 vorgesehen sind, würden dazu führen,

- dass PrimarschülerInnen in Deutsch, Realien, TW und Musik einen Lektionenabbau von total 117 Lektionen hinnehmen müssen.
- dass Klassen mit 20 SchülerInnen und Schülern zudem gegenüber heute auf 2 oder 3 ungebundene Lektionen pro Woche verzichten müssten. Das macht auf die ganze Primarschulzeit 468 ungebundene Lektionen.

Das bedeutet,

- dass einer Klasse gegenüber heute im Laufe der Primarschule genau 585 Lektionen an Bildungszeit, also an Unterrichts- und Betreuungszeit durch die Lehrperson, gestrichen würden.
- 585 Lektionen, das entspricht 30 Schulwochen einer Erstklässlerin oder eines Erstklässlers.

Die Streichung dieser Lektionen führt dazu,

- dass im Kanton Aargau der Beruf der Primarlehrperson zum Teilzeitjob verkommt. Es ist einer Primarlehrperson nicht mehr möglich an ihrer eigenen Klasse 100 % zu arbeiten.

Für die gleiche Klasse, die 2016 noch mit einem 100% Pensum unterrichtet wird, soll ab 2017 11 % weniger Arbeitszeit zur Verfügung stehen.

- 11 % weniger Arbeitszeit bei der gleichen Klasse und dies, wegen des Abbaus, unter deutlich erschwerten Arbeitsbedingungen.
- 11 % weniger Arbeitszeit, dafür erwartet der Kanton immer besser und individueller geförderte Schülerinnen und Schüler
- 11 % weniger Arbeitszeit, dafür immer mehr zusätzliche Bildungsaufträge, die die Schule auch noch erfüllen soll und selbstverständlich beste Resultate in den Checks.
- 11 % weniger Arbeitszeit, dafür selbstverständlich hoch motiviert und immer bereit, auch am Abend und an den Wochenenden zur Verfügung zu stehen
- 11 % weniger Arbeitszeit diese dafür im Dauerstress und mehr und mehr erschöpft.

Der vorgeschlagene Abbau von Lektionen gefährdet die Gesundheit der Lehrpersonen!

Optimistisch stimmt uns, dass sich unterdessen beide vorberatenden Kommissionen, die BKS-Kommission und die KAPF, die Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen, gegen die beiden Massnahmen ausgesprochen haben. Das bedeutet, dass sowohl die Bildungs- wie auch die Finanzspezialisten des Grossen Rates weder den Abbau der Stundentafel noch den Abbau der ungebundenen Lektionen als zielführend einschätzen. Dafür danken wir diesen beiden Kommissionen herzlich.

Gleiche Arbeit - gleicher Lohn, das war im letzten Jahrhundert das erklärte Ziel.

Mit dem neuen Abbaupaket gilt im Aargau:

- mehr Arbeit, weniger Lohn.

Der Aargau ist als Arbeitgeber heute schon nicht mehr konkurrenzfähig.

Er ist unzuverlässig und unattraktiv:

- Die auch in den Medien immer wieder behauptete Arbeitsplatzsicherheit wurde mit den sich ständig folgenden Abbaumassnahmen längst beerdigt.
- Im Gegenteil: Jahr für Jahr werden Abteilungen geschlossen, Angebote gestrichen und Lektionen abgebaut. Unsere Pensen sind längst nur noch für das laufende Schuljahr gesichert und zum Teil nicht einmal dafür.

Der Kanton Aargau verliert schon seit Jahren 20 % seiner Lehrpersonen schon im ersten Dienstjahr und 50 % in den ersten 5 Jahren.

Das ist nicht erstaunlich, wenn der Kanton Aargau eine Lohnnullrunde nach der andern beschliesst und die umliegenden Kantone gerade für junge Lehrpersonen viel attraktivere Angebote machen.

Es geht dabei nicht um den Lohn der einzelnen Lehrperson. Es geht um das Lohnsystem, das mit den Nullrunden kaputt gemacht und immer mehr verzerrt wird, was dazu führt, dass der Kanton Aargau nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Arbeitet eine 32 jährige Primarlehrperson im Aargau, kostet sie das 2017 gegenüber dem Durchschnitt – wohlverstanden nicht gegenüber dem Spitzenwert – gegenüber dem Durchschnitt der Nachbarkantone 17'000.- - also mehr als 1400.- pro Monat!

Die verfehlte Personal- und Lohnpolitik des Kantons Aargau führt dazu, dass viele junge Lehrpersonen abwandern und in unseren Schulhäusern fehlen.

Eine gute Schule braucht jedoch eine gesunde altersmässige Durchmischung der Lehrerkollegien.

- Der Kanton Aargau investiert in die Ausbildung junger Lehrpersonen, davon profitieren können nur die Nachbarkantone.
- Die verfehlte Personalpolitik führt dazu, dass das Durchschnittsalter der Lehrpersonen bald biblische Werte erreicht und ständig weiter steigt.
- Unterdessen liegt es bei 44.6 Jahren, das ist 4.3 Jahre höher als vor 20 Jahren. Bei den Männern liegt es sogar bei 47.3 Jahren und 5.1 Jahre höher als 1996.
- Das hohe Durchschnittsalter ist nicht nur schlecht, es verursacht auch hohe Lohnkosten, die mit konkurrenzfähigen Löhnen für junge Lehrpersonen erheblich gesenkt werden könnten.

Man kann mit der Bildung durchaus Geld sparen, viel Geld sogar:

- Man spart Millionen,
 - o wenn man in die Bildung der Jugend investiert
 - o wenn man ihnen eine gute Schulbildung ermöglicht
 - o wenn man mit genügend Ressourcen dafür sorgt, dass möglichst keine Jugendlichen durch die Maschen fallen.
- So müsste man sparen in einem Kanton, der sich noch dazu Kulturkanton nennt!
- Bildung ermöglicht den Kindern und Jugendlichen Perspektiven
 - o dies führt zu besserer Integration in die Berufswelt und zu besseren Lebensaussichten.
 - o Bessere Ausbildungen führen zu höheren Steuereinnahmen und nicht Steuersenkungen, auch wenn der Finanzminister immer wieder das Gegenteil behauptet.
 - o Bessere Lebensperspektiven führen aber auch zu tieferen Sozialausgaben und schliesslich
 - o bessere Lebensperspektiven führen zu tieferer Straffälligkeit und damit zu mehr Sicherheit, wie sie ja gerade von bürgerlicher Seite immer wieder lautstark gefordert wird, dies allerdings natürlich ohne die dafür nötigen Mittel bereitstellen zu wollen.

Die hier versammelten KundgebungsteilnehmerInnen und –teilnehmer sind nicht bereit, länger zuzuschauen, wie die Bildung, die Zukunft unserer Jugendlichen leichtsinnig an die Wand gefahren wird. Wir wehren uns für die Jugend und gegen jeden weiteren, ruinösen Bildungsabbau.

Wir sind dies unserer Jugend, der Bildung und dem Kanton Aargau schuldig.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

alv: Beratungsdienste

Teuer wird auch der erneute Abbau bei den Beratungsdiensten. Bei allen drei Abbaurunden wurden hier Kürzungen vorgenommen. Die Beratungsdienste, die BDAG, hatten die beschlossenen Massnahmen noch nicht einmal richtig umgesetzt und schon folgten die nächsten Tranchen.

Berufsberatungen kürzen

- heisst, den Jugendlichen den Zugang in eine zunehmend komplizierte und kurzlebige Berufswelt erschweren,
- heisst, bewusst mehr Lehrabbrüche in Kauf zu nehmen, die bei den Jugendlichen teilweise von schweren Krisen begleitet sind
- heisst auch hier, den Jugendlichen dringend notwendige Unterstützung zu verweigern und sie hängen zu lassen.

Die BDAG ist für uns Lehrpersonen eine wichtige Stelle. Sie unterstützt uns bei der Berufsfindung für die Jugendlichen, sie unterstützt aber mit der Lehrerberatung uns Lehrpersonen auch ganz persönlich.

- Das Angebot der BDAG herunterfahren schädigt uns und unsere Arbeit deshalb gleich zweifach ganz direkt.

Wir Lehrpersonen wehren uns gegen den ständigen weiteren Abbau bei den Beratungsdiensten. Gute Beratung kann nur in einem gesicherten Umfeld stattfinden. Der Dauerstress bei den Beratungsdiensten macht die Beraterinnen und Berater krank und schadet dem Kanton.

Wir wehren uns gegen den weiteren Abbau bei den Beratungsdiensten.

alv: Resolutionsübergabe

Der Aargauische Lehrerinnen und Lehrerverband alv hat zusammen mit dem Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter VSLAG und dem Verband der Schulpflegepräsidentinnen und -Präsidenten VASP am 14. September anlässlich der ausserordentlichen Delegiertenversammlung des alv eine Resolution gegen den neuerlichen Bildungsabbau lanciert. Unser Ziel war es, den grossen Erfolg vom letzten Jahr, als in nur zwei Wochen 7329 Unterschriften gesammelt werden konnten, dieses Jahr zu toppen und mindestens 15'000 Unterschriften zusammentragen zu können. Es schien uns ein ehrgeiziges, aber doch realistisches Ziel.

Wir haben nicht 15'000 Unterschriften erreicht. Wir haben **49130** Unterschriften gesammelt, die wir jetzt dem Präsidenten des Grossen Rats überreichen werden.

Wie gewaltig die Unterstützung gegen den Bildungsabbau tatsächlich ist, wird man sich erst richtig bewusst ist, wenn man bedenkt, dass für ein kantonales Referendum lediglich 3000 Unterschriften innerhalb von drei Monaten nötig sind. Wir haben in weniger als zwei Monaten so viele Unterschriften zusammengetragen, dass es schon fast für ein schweizweites Referendum reichen würde, wozu 50'000 Unterschriften benötigt würden.

49130 Menschen haben genug und sagen Jetzt reicht's!

Der Grosse Rat tut gut daran, diese **49130** Stimmen ernst zu nehmen. Bildungsabbau ist in der Aargauer Bevölkerung nicht mehrheitsfähig, das hat schon die Abstimmung im März 2015 gezeigt, als die Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern sich gegen den in der sogenannten Leistungsanalyse vorgeschlagenen Bildungsabbau zur Wehr setzten und diese Abbauvorlage klar versenkten.